

Text 1

Arbeitssuche – „Es gibt eine größere kulturelle Nähe“, Interview von Roland Preuß mit dem früheren Jobcenter-Chef und Integrationsexperten Matthias Schulze-Böing, Süddeutsche.de, 24.03.2022

Deutschland stellt sich auf Hunderttausende Menschen aus der Ukraine ein, bis zum Mittwoch zählte die Bundespolizei fast 240 000 geflüchtete Ukrainer.

Schulze-Böing: Als Allererstes denkt man an die schwierige Situation dieser Menschen, aber natürlich dann auch an den Arbeitsmarkt. Und daran, was die Flüchtlinge bald alles benötigen: Wohnungen, Bildungsangebote, Plätze in der Schule. Alles Bedingungen, damit die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann. Es ist nicht einfach, aber ich bin da optimistisch.

Warum?

Schulze-Böing: Die Ukraine hat ein recht gut ausgebautes Bildungssystem, der Fremdsprachunterricht zum Beispiel fängt schon in der ersten Klasse an, die Kinder lernen Englisch teilweise besser und früher als bei uns. Nach allem, was wir wissen, bringt ein Großteil der Menschen aus der Ukraine eine gute Bildung mit. Das Land hat anspruchsvolle Industrien, etwa im IT-Bereich, da spielt es sogar weltweit vorne mit. Ich will aber gar nicht kleinreden, dass die vielen Geflüchteten auch eine große Herausforderung sind. [...]

Im Gegensatz zu den Flüchtlingen, die 2015/16 kamen, dürfen die Ukrainer sofort arbeiten und haben zumindest für ein Jahr einen sicheren Status. [...] Was haben die Jobcenter aus 2015 gelernt?

Einiges. Wir haben schon damals für uns in Anspruch genommen, dass wir aus den Folgen der EU-Erweiterung gelernt haben. Dass man ganzheitlich an den Fällen arbeiten muss: Die Sprache berücksichtigen, die Wohnung, die familiäre Situation, die kulturelle Integration. Dass es Tempo braucht. Das heißt, nicht zu sagen: Wir warten ab, bis jemand Deutsch kann, und dann fangen wir mit dem Rest an. Vielmehr geht es darum, dass die Menschen auf vielen Gebieten gleichzeitig starten.[...]

Die Zuwanderungsbewegung vor sieben Jahren ist offenbar noch nicht bewältigt, es gibt immer noch Hunderttausende Menschen aus Syrien, Irak oder Afghanistan, die vom Jobcenter leben.

Warum ist das so?

Immerhin, rund die Hälfte dieser Menschen ist in Arbeit, aber das ist ein langwieriger Prozess. Die großen Schwierigkeiten haben mit deren Qualifikation zu tun, aber auch mit kultureller Distanz, vielleicht auch mit der Haltung mancher Migranten. Mir ist klar, das ist ein sensibles Thema, aber es spielt nun mal eine Rolle. Es kommt auch auf die Bereitschaft an, sich auf den deutschen Arbeitsmarkt einzulassen.

Da ist etwa die Frage, ob Frauen überhaupt arbeiten gehen sollen. Es gibt Frauen, die sich das gut vorstellen können, andere sind sehr zurückhaltend. Manchmal stellt sich die Familie quer, wenn sie arbeiten möchten, manchmal wird ihnen auch in ihrer Community der Respekt versagt, wenn sie aus ihrem kulturellen Rollenschema ausbrechen wollen. Man kann das nicht verallgemeinern, aber man darf den kulturellen Faktor nicht unterschätzen.

Reden wir über muslimische Familien?

Nein, es geht hier nicht um Religion, sondern vor allem um die Rollenverteilung in der Familie, um die Wertschätzung von Bildung, darum, welche Prioritäten die Menschen setzen.

Und bei den Ukrainerinnen sehen Sie da kein Problem?

Dass Frauen arbeiten, das ist in der Ukraine selbstverständlich. Auch beim Zusammenleben erwarte ich, dass sich die Menschen aus der Ukraine leichter tun werden. Es gibt eine größere kulturelle Nähe. Das wird helfen.

Text 2

EuGH-Urteil zum Kopftuchverbot: "Wer das Kopftuch verbietet, muss auch Kreuz und Kippa untersagen", Interview: David Gutensohn, Zeit. De, 16. Juli 2021

Vorgesetzte dürfen ihren Mitarbeiterinnen unter bestimmten Voraussetzungen das Tragen eines Kopftuchs bei der Arbeit verbieten. Das hat der Europäische Gerichtshof entschieden. Die Soziologin und Islamwissenschaftlerin Yasemin El-Menouar beurteilt, welche Folgen das Urteil für muslimische Frauen auf dem Arbeitsmarkt haben könnte.

ZEIT ONLINE: Was ändert das Urteil?

Yasemin El-Menouar: Wir streiten ja schon seit 20 Jahren über das Kopftuch und es gab immer wieder unterschiedliche Gerichtsprozesse. Das Urteil jetzt bestätigt, dass private Unternehmen das Kopftuch am Arbeitsplatz zwar untersagen dürfen, die Hürden dafür aber hoch sind.

ZEIT ONLINE: Wie hoch?

El-Menouar: Ein Unternehmer kann sich nicht einfach darauf berufen, dass er das Kopftuch persönlich ablehnt oder es ihn stört und er es deshalb am Arbeitsplatz verbieten möchte. Er muss ein "wirkliches Bedürfnis" nachweisen, zum Beispiel aufzeigen können, dass seine unternehmerische Freiheit beeinträchtigt wäre, wenn seine Angestellten Kopftuch tragen würden.

ZEIT ONLINE: Inwiefern könnte das der Fall sein?

El-Menouar: Wenn zum Beispiel Kundinnen und Kunden erwarten, von religiös neutralen Personen beraten oder bedient zu werden. Wichtig ist, dass das Unternehmen konsequent und systematisch handelt.

ZEIT ONLINE: Was bedeutet das?

El-Menouar: Im Betrieb müssen dann grundsätzlich alle religiösen oder politischen Symbole verboten werden. Wer das Kopftuch untersagt, muss also beispielsweise auch das Tragen von Kreuzen oder der Kippa verbieten. Denn hier gilt der sogenannte Gleichheitsgrundsatz, niemand darf isoliert in seinem Recht beschnitten werden.

ZEIT ONLINE: Wie sieht es bei staatlichen Bediensteten aus?

El-Menouar: Das ist eine völlig andere Frage. Da gibt es viele Urteile, beispielsweise wenn es um Lehrerinnen oder Beamtinnen geht. Der Staat ist zur religiös-weltanschaulichen Neutralität verpflichtet. Das kann unter Umständen dazu führen, dass das Tragen eines muslimischen Kopftuchs und andere religiöse Symbole verboten werden.

ZEIT ONLINE: Kritiker sehen in dem Urteil eine Diskriminierung von muslimischen Frauen, wie sehen Sie das?

|

El-Menouar: [...] Das Urteil wird meiner Meinung nach keine großen unmittelbaren Folgen im Alltag haben. Jetzt wurde in zwei konkreten Fällen entschieden. In anderen Fällen sind Gerichte zu anderen Urteilen gekommen. Man muss jeweils den konkreten Einzelfall betrachten. Konflikte sollten dabei immer besser im Gespräch der Beteiligten gelöst werden. Klagen vor Gerichten sind immer nur ein letztes Mittel und ersetzen nicht die gesellschaftliche Auseinandersetzung. Und da hat sich ja durchaus einiges getan: Viele Unternehmen setzten heute ganz bewusst auf Diversität.

ZEIT ONLINE: Welche Folgen könnte das Urteil für die Integration beispielsweise von Geflüchteten haben?

El-Menouar: Für viele dieser Frauen ist das sicher kein gutes Signal. Das Urteil kann etwas zur Folge haben, was häufig als Integrationsparadoxon bezeichnet wird. Denn eigentlich zeigen das offene Tragen des Kopftuchs oder auch die vermehrte Anzahl an Moscheen, dass die Musliminnen und Muslime hierzulande angekommen und Teil unserer Gesellschaft sind. Gleichzeitig sorgt die Sichtbarkeit von Religion leicht für Unbehagen. Manche fühlen sich gar gestört und wollen die muslimischen religiösen Zeichen verbieten. Ein verrückter Kreislauf, der sich auch jetzt zeigt und der Integration schaden kann. Da geht es um Anerkennung und Akzeptanz, die durch das Urteil eher geschwächt werden können.

Text 3

So geht Doppelmoral heute, Gastbeitrag von Stephan Lessenich, sueddeutsche.de, 08.04.2022

Stephan Lessenich ist Direktor des Instituts für Sozialforschung an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

"Schneller mehr Waffen liefern", freilich "ohne selber Kriegspartei zu werden": Was der linke Grüne Anton Hofreiter dieser Tage öffentlich forderte, markiert in jeder Hinsicht den neuen deutschen Politikkonsens im Zeichen des Ukrainekriegs. Ein praktisch über Nacht hergestelltes politisches Einvernehmen, das einerseits Ausdruck der fundamentalen Unsicherheit ist, wie von Deutschland aus dem russischen Kriegstreiben zu begegnen wäre. Das aber andererseits eine politökonomische Doppelmoral fortschreibt, die bundesdeutsche Außenpolitik seit Jahrzehnten prägt, übertroffen nur noch von der auf diesem Feld immer schon unschlagbaren Schweiz.

Klar: "Putins Krieg" ist in jeder Hinsicht erschütternd - und hierzulande stellt er eine ganze Reihe von Gewissheiten infrage. Und sicher: Niemand weiß, was akut die richtige Politik wäre, um dem Morden in der Ukraine ein Ende zu setzen. Aber erleben wir gerade tatsächlich eine "Zeitenwende"? Was Deutschlands Positionierung zur Außenwelt anbelangt, lässt sich davon kaum reden. Denn hier regiert nach wie vor jene Politik des doppelten Standards, mit der die zunächst west-, später dann gesamtdeutsche Gesellschaft so lange so gut gefahren ist.

Wie geht Doppelmoral heute? Nun: allerschärfste Verurteilung des russischen Angriffs, aber keine Verhängung eines Gasembargos. Den Krieg in Europa ächten, aber Kriege im Rest der Welt geschehen lassen. Auf die russische Lügenpropaganda verweisen, aber über den auf Lügen aufgebauten Irakkrieg schweigen. Putins Gas dämonisieren, aber dafür in den Emiraten antichambrieren. Einem europäischen Wertekanon huldigen, der aber auf dem Mittelmeer und bei den afrikanischen "Migrationspartnerschaften" ignoriert wird. [...]

Überhaupt, nicht nur die alte Dichotomie von Gut und Böse ist so lebendig wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Auch die althergebrachte Männlichkeit, deren wahlweise Krise oder Toxizität zuletzt nicht allein in den berühmt-berüchtigten Gender Studies Thema war, hat binnen kürzester Zeit wieder Oberwasser bekommen. Über Nacht ein hundertmilliardenschweres Sondervermögen, 'abgestimmt' nur zwischen zwei Männern: So geht Politik heute - wie ehedem eben. Bundes- wie Landespolitiker enthüllen ihren harten Kern, allen voran wieder einmal der bayrische Ministerpräsident Markus Söder, der staatsmännisch den Rücktritt einer ihm zu lax auftretenden Verteidigungsministerin fordert.

[Worum geht es ja letzten Endes?] Nicht um das Wohl und Wehe der Ukrainer und Ukrainerinnen, sondern um deutsche Wirtschafts-, Sicherheits- und Raumtemperaturinteressen. Das alte Denken ist nicht nur schnell mit Waffen bei der Hand, sondern weiß sehr genau, was es zu verteidigen gilt: die überkommene Produktions- und Konsum-, Arbeits- und Lebensweise jener Gesellschaften, die der damalige Nato-Generalsekretär Fogh Rasmussen schon 2014, im Zuge einer der vorherigen Krisen derselben, treffend als "Inseln der Sicherheit, Stabilität und Prosperität" bezeichnete.

Text 4

Das Opfer wird ins Rampenlicht gezerrt, Interview von Lars Langenau mit Claudia Paganini, Professorin für Medienethik an der Hochschule für Philosophie in München, sueddeutsche.de, 8. April 2022

SZ: Ein Bild einer getöteten Familie aus der Ukraine in der *New York Times* Anfang März hat eine Debatte ausgelöst: Welche Bilder sollen und dürfen Medien zeigen?

Claudia Paganini: In der Ethik gibt es keinen Gesetzgeber. Wir selbst müssen uns fragen: Wie definieren wir gutes journalistisches Handeln? Bei der Kriegsberichterstattung denke ich da in erster Linie an die Persönlichkeitsrechte der Opfer, die abgebildet werden, an Privatsphäre und Respekt. Und mir scheint relativ klar, dass so eine Abbildung dagegen verstößt. Das Opfer wird ins Rampenlicht gezerrt, ohne selbst eingewilligt zu haben. Es interessiert nicht das Schicksal oder der ermordete Mensch, sondern nur das Narrativ, das man damit rüberbringen kann. Das ist in meinen Augen sehr problematisch.

Der überlebende Vater aber war nachträglich für die Veröffentlichung.

Das macht die Sache nur ein bisschen besser, denn es heißt eben nicht, dass die tote Tochter auch dafür gewesen wäre. Man muss immer an das konkrete Individuum denken, ähnlich wie in der Medizinethik: Angehörige und Patienten haben oft sehr unterschiedliche Ansichten. Wenn jemand im Koma liegt, kann man den Wunsch der nächsten Angehörigen nicht eins zu eins als Wunsch des Betroffenen nehmen.

Aber sollte man nicht abbilden, wie der Krieg nun mal ist, welche Gräueltaten etwa in Butscha passiert sind?

Klar, aber man muss nicht unbedingt die konkrete Person zeigen. Es gibt viele andere Blickwinkel, die auch die Destruktivität und die Brutalität des Krieges abbilden können. Das zeigen ja auch schon verwüstete Straßenzüge, die etwas im Betrachter auslösen. Natürlich kann sich ein Medienunternehmen durch die Bilder von Verletzten und Leichen einen ökonomischen Vorteil verschaffen, weil das die Klicks in die Höhe treibt. Andererseits können solche Bilder auch gegen den Krieg mobilisieren, die Menschen aus der Gleichgültigkeit treiben. Allerdings muss man da auch aufpassen, dass Journalismus nicht in Aktivismus abgeleitet.

Das Grauen von Vietnam übte einst öffentlichen Druck aus.

Die Normen und Regeln, die wir uns selbst setzen, verändern sich und sind situationsabhängig. Im Vietnamkrieg entstand Kritik durch schockierende Bilder. Aber ich denke nicht, dass wir das heute so noch brauchen. Wir haben in Europa einen Konsens, dass Krieg negativ ist, und versuchen, diplomatische Wege zu gehen.

Was ist die Alternative?

Bilder, die Empathie auslösen und positive Gefühle wecken. Ich denke, wir sind in einer etwas distanzierten Zeit, in der Menschen - vielleicht auch durch die Corona-Krise - sehr auf sich bezogen sind. Vielleicht brauchen wir jetzt Bilder, die den Fokus umlenken und zeigen: Das, was in der Ukraine passiert, sollte uns nicht gleichgültig sein, das sollte uns empören, und wir sollten uns engagieren wollen.

Soll Journalismus also pädagogisch agieren?

Wir sind sensibler und aufmerksamer geworden, was Grenzüberschreitungen betrifft. Daher sage ich lieber: verantwortungsvoll. Journalisten sind in Krisensituationen in einer exponierten Situation, in der ihnen eine besondere Verantwortung zukommt.

Text 5

DEBATTE UM ENERGIEEMBARGO: Hart zu Putin kann nur sein, wer stark ist, BERTHOLD KOHLER, FAZ.NET, 05.04.2022

[...] Es ist unbestritten, dass von allen wirtschaftlichen Strafmaßnahmen ein vollständiges Energieembargo die Sanktion wäre, die Russland am schmerzhaftesten träfe. Auch ist mit jeder neuen Nachricht über Gräueltaten in der Ukraine der Gedanke schwerer zu ertragen, dass aus Deutschland Tag für Tag Hunderte Millionen an die ökonomische Basis des verbrecherischen Regimes in Moskau überwiesen werden. Selbst wenn diese Gelder nicht direkt in die Regimentskassen der Invasionsarmee fließen, stützen sie Putins Herrschaft und erleichtern ihm die Fortführung des Krieges in der Ukraine. Doch würde der Wegfall dieser Mittel den Kreml zwingen, den Feldzug zu beenden? So präzise ist Putin nicht auszurechnen. Es könnte sein, dass er den Krieg, in dem er auch um den Bestand seiner eigenen Herrschaft kämpft, intensiviert, solange er noch Reserven dafür hat, auf den Konten wie in den Waffenlagern.

Einer solchen Eskalation wäre wirksam nur mit Soldaten, Panzern, Kampfflugzeugen und Raketen zu begegnen. Es gehört zu den fatalen Versäumnissen Berlins wie auch anderer westlicher Regierungen, der Ukraine bislang kaum schwere Waffen geliefert zu haben, mit denen sie die Invasoren entscheidend zurückdrängen könnte.

Ist es aber auch ein Fehler, beim Zudrehen des Gashahnes zögerlich zu sein? Ist es nicht unsere moralische Pflicht und auch ein Gebot von vorausschauender Sicherheitspolitik, alles in unserer Macht Stehende zu tun, um den verbrecherischen Krieg in der Ukraine zu beenden? Bis hin zum Einsatz der Bundeswehr reichen die Forderungen in aller Regel noch nicht – aus nachvollziehbaren Gründen. Verantwortungsbewusste Politik hat aber auch bei einem Energieembargo zu bedenken und einzukalkulieren, welche wirtschaftlichen, sozialen und (sicherheits-)politischen Folgen ein solcher abrupter Schritt für das eigene Land hätte. Er wäre sehr wahrscheinlich unumkehrbar. Sicher wie das Amen in der Kirche aber käme, wenn die Wirtschaft einbräche und die Inflation galoppierte, die Klage, dass die Regierung das Land sehenden Auges in eine so schwere Krise geführt habe.

Denn deutsche Debatten zeichnen sich regelmäßig dadurch aus, es hinterher besser gewusst zu haben. Gegenwärtig drängt sich sogar der Eindruck auf, dass langjährige Fehltritte über Putin und die Pipelines nun durch kompromissloses Eintreten für ein Energieembargo kompensiert werden sollen.

Doch sollte die deutsche Politik trotz „Zeitenwende“ nicht von einem Extrem ins andere fallen. An Härte gegenüber Putin wäre noch nie etwas falsch gewesen, und sie ist heute nötiger denn je. Hart kann aber nur sein, wer stark ist. Weder Deutschland noch die EU würden stärker werden, wenn die größte Volkswirtschaft des Kontinents sich selbst in eine Rezession stürzte. Viele andere europäische Länder hängen nicht nur am russischen Gas, sondern auch am deutschen Wirtschaftsmotor. Daran sollte man auch in Warschau denken.

[...] Den ersten Kalten Krieg haben die Demokratien des freien Westens nicht zuletzt dank ihrer größeren Wirtschaftskraft gewonnen. Das sollten sie jetzt, da sie mitten im zweiten stehen, nicht vergessen.

Text 6

Berichterstattung über Klimawandel - Journalismus oder Aktivismus?, Sören Brinkmann / Torsten Schäfer im Gespräch mit Michael Borgers | Deutschlandfunk 08.07.2021

Die Hitzewelle in Nordamerika, Rekordtemperaturen in Finnland, Waldbrände, Dürren oder extreme Unwetter – es gibt etliche Anlässe, um in den Medien über den Klimawandel zu berichten. Das Thema ist ständig präsent und dennoch hoch umstritten – und das beginnt bereits mit der Begriffswahl.

In vielen Zeitungsartikeln, Radio- oder Fernsehbeiträgen wird inzwischen häufiger von Klimakrise gesprochen. [...] Neben dem seit vielen Jahren benutzten Begriff Klimawandel taucht aber auch Klimakatastrophe auf, die Erderwärmung wird in manchen Veröffentlichungen auch als Erderhitzung beschrieben. Es sei sehr wichtig, das Klima-Vokabular zu verbreitern, sagt der Umweltjournalist und Journalismus-Professor Torsten Schäfer. Es gebe aber auch Gründe dafür, bekannte Begriffe beizubehalten. Einige Journalistinnen und Journalisten plädierten beispielsweise dafür, den Begriff Klimawandel gar nicht mehr zu benutzen, weil dieser zu verharmlosend sei. „Das mag stimmen, aber wir haben natürlich auch einen pragmatischen Punkt im Journalismus, wenn wir ein Massenpublikum erreichen wollen. Weil der Begriff so erlernt ist, so gewohnt ist, plädiere ich dafür, ihn zu erhalten“, sagte Schäfer im Deutschlandfunk.[...]

Doch die Debatte um den richtigen Umgang der Medien mit Fragen des Klimawandels wird schon länger geführt. „Es reicht mit Sicherheit nicht, was derzeit passiert. Wir sehen im Journalismus gerade ganz stark Veränderungen in den letzten beiden Jahren. Aber wenn wir dem Verlust von Natur und dem jetzt schon geschehenden Klimafolgen auch in Deutschland gerecht werden wollen, müssen wir noch einige Schritte weitergehen“, sagte Torsten Schäfer im Deutschlandfunk-Medienmagazin. Entscheidend seien dabei die Aus- und Weiterbildung, aber auch neue Formen der Finanzierung. In einem Beitrag für das Online-Medienportal „Übermedien“ hat die Journalistin Sara Schurmann ihre Kolleginnen und Kollegen dazu aufgerufen, „die Klimakrise endlich in ihrem ganzen Ausmaß anzuerkennen – und das eigene Handeln danach auszurichten: Sie sollten bei jeder Berichterstattung die Auswirkungen auf das Klima mitdenken“. Schurmann schreibt: „Auch viele Journalist:innen scheinen noch immer nicht verstanden zu haben, wie ernst die Klimakrise ist.“

Im Fernsehen soll das Thema Klimawandel künftig noch prominenter platziert werden. So sendet RTL im Rahmen seiner Nachrichtensendung „RTL Aktuell“ nun zwei Mal wöchentlich das „Klima Update“. Ein solches Format wird unter anderem vom ZDF abgelehnt, mit der Begründung man mache damit Politik, und das sei nicht die Aufgabe der Öffentlich-Rechtlichen. Für Journalismus-Professor Torsten Schäfer ist die Klimaberichterstattung nicht zwingend mit Aktivismus verbunden: Klimabezogener Journalismus sei ein Handeln, das im Rahmen von Grundwerten der nachhaltigen Entwicklung geschieht. „Die Frage, soll ich mich für Klima einsetzen, geht völlig an der Größe des Themas vorbei.“

Text 7

Die Verteidigung eines freien Europas, Von Professor Dr. Udo Di Fabio, faz.net, 21.03.2022 (1)

[...] Der mit dem Krieg konfrontierte Westen befindet sich in einem Zustand zwischen Schuldgefühlen im Blick auf lange gezeigte Naivität und schierer Verzweiflung über das Schicksal der vom Krieg überzogenen Menschen. Es wächst indes auch so etwas wie ein Gefühl neuer Stärke, weil der Angriff zusammenführt, der Wille zur Selbstbehauptung zunimmt und man zu spüren meint, dass am Ende doch die Freiheit siegen wird. Selbst wenn es Russland gelänge, eine besiegte Ukraine in Abhängigkeit zu zwingen, ganz oder teilweise zu annektieren oder das Land über eine Marionettenregierung zu beherrschen, so hätte Putin doch nicht gewonnen.

Denn nicht nur das ukrainische Volk, der ganze Westen steht stärker da als erwartet. Die gewaltige gemeinsame Wirtschaftsmacht der USA, der EU und Japans kann auch heute noch ein Land wirksam unter "Quarantäne" stellen. So formulierte es der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt in seiner Chicago-Rede im Jahr 1937, in der er sich gegen die Zunahme einer Herrschaft des Terrors und der allgemeinen Gesetzlosigkeit in den internationalen Beziehungen wandte. Damals litten die USA unter einer harten Rezession. Ihre europäischen Verbündeten waren wirtschaftlich auch nicht ganz auf der Höhe. Heute ist es anders, aller Rede vom Abstieg des Westens zum Trotz. Selbst die wachsende Supermacht China muss politisch lavigieren, weil sie noch nicht stark genug ist, um mit ihrer ökonomischen Kraft politische Bedingungen zu diktieren.

Wirtschaftliche Stärke und technische Potenz sind in der Tat die Basis für eine erfolgreiche geopolitische Selbstbehauptung der Demokratien. Doch das allein reicht nicht. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich gerade Europa zu sehr auf die koordinierende Wirkung der Marktkräfte und auf die integrative Kraft eines arbeitsteiligen, offenen Welthandels verlassen. Ähnliches gilt für das Vertrauen in die internationale Herrschaft des Rechts, die ebenfalls eine Voraussetzung für den Prozess weltgesellschaftlicher Zivilisierung ist. Diese Entwicklung fand ihre festen Ankerpunkte in starken internationalen Organisationen und in attraktiven supranationalen Staatenverbindungen wie der EU. Gewiss scheint im Völkerrecht die Wirklichkeit von Machtlagen immer noch mehr zu zählen als der Richterspruch. Aber offenes Unrecht hat einen Preis.

Die zunehmende wirtschaftliche Verflechtung und die sich verdichtende Rechtsförmlichkeit der internationalen Beziehungen erschienen über Jahrzehnte als die feste Basis eines postimperialen, des postheroischen Zeitalters. Doch das globale politische System funktionierte bei aller Zivilisierung nie ohne den Hintergrund einer Deckung durch konkrete Machtmittel. Diese Deckung lieferten nach 1945 vor allem die USA mit ihrem militärischen und wirtschaftlichen Potential - verbunden mit der Bereitschaft, tatsächlich geopolitisch zu denken und zu handeln.

Text 8

Die Verteidigung eines freien Europas, Von Professor Dr. Udo Di Fabio, faz.net, 21.03.2022 (2)

Die Bundesrepublik verfolgte eine geradezu romantische Energiepolitik. Für die ökologische Opposition der letzten zwanzig Jahre war es immer einfach, nach dem Ausstieg zu rufen: zuerst aus der als gefährlich empfundenen Atomenergie, dann aus der klimaschädlichen Kohleverstromung. Es war leicht, das Bild einer vollständig regenerativen Energieerzeugung in schönen Farben zu malen. Nein, diese weit gespannte Perspektive ist nicht falsch. Die globale Erwärmung ist ein Jahrhundertthema und wird mit einiger Wahrscheinlichkeit eine neue Quelle für Kriege und schwere Erschütterungen sein. Aber der Weg zur Nachhaltigkeit verläuft nicht monothematisch in einer kontrollierten Laborsituation, sondern in einer komplexen Welt der Interdependenzen, Widerstände und Überraschungen.

Wir Deutsche sind mit großer Geste und in der sicheren Erwartung, dass die ganze Welt uns folgen werde, aus bestimmten, vermutlich tatsächlich antiquierten Formen der Energieerzeugung ausgestiegen. Gleichzeitig sind wir aber erstaunlich unbedarft [de façon naïve] eingestiegen in eine immer stärker werdende Abhängigkeit von Russland. Das moralisch so selbstgewisse Deutschland zahlt schon seit Langem Putins Kriegsmaschinerie - auch in Syrien - und gerät bei seinen Verbündeten als schwaches Glied in der Kette westlicher Sanktionspolitik unter Druck. Gegenwärtig finanzieren die EU, Länder wie Deutschland, Ungarn oder Italien den Krieg gegen die freie Ukraine mit dreistelligen Millionenbeträgen pro Tag. Die Forderung, mit dieser Praxis zu brechen, treibt Wirtschaft und Bundesregierung den Angstschweiß auf die Stirn, wenn sie an die Versorgungslage im kommenden Winter denken.

Während die tapfer kämpfende Ukraine, ob im Sieg oder im Untergang, ein Leuchtfeuer für alle großen Prinzipien des Westens entfacht, hat sich das reiche Deutschland eines Teils der Mittel beraubt, um dem Kriegsherren wirksam entgegenzutreten zu können. In die Kategorie geopolitische Vergessenheit gehört auch die lang anhaltende militärische Schwächung des Landes. In die Bundeswehr wurde nicht nachhaltig investiert, stattdessen wurde die vermeintliche Friedensdividende abgeschöpft. Das hat dem Bund hohe Ausgaben erspart, aber die konventionellen Fähigkeiten der NATO in Europa nicht gerade gefördert. Da heute die Depots der Bundeswehr weitgehend leer sind, werden wir es anderen überlassen müssen, an die Ukraine - hoffentlich noch rechtzeitig - wirksame Defensivwaffen zu liefern.

Im Grunde haben wir die eigene Landesverteidigung den USA überlassen und dabei die Chuzpe [le culot] besessen, einen durchaus gesellschaftlich wahrnehmbaren Antiamerikanismus zu pflegen. Das Grundgesetz hat die Bundesrepublik indes nicht auf Entwaffnung und Pazifismus festgelegt, sondern auf die gemeinsame Verhinderung von militärischer Aggression in den internationalen Beziehungen. Schon in der Ursprungsfassung des Grundgesetzes war die Ermächtigung enthalten, sich in Verteidigungssysteme zur kollektiven Friedenswahrung wie die Vereinten Nationen oder die NATO einzuordnen, und zwar auch mit eigenen Verteidigungsanstrengungen.

Text 9

Die Welt ist komplizierter als zehn Landkarten, Jürgen Zimmerer, faz.net, 01.02.2022

Viele wollen die Welt im 21. Jahrhundert erklären. Der britische Journalist Tim Marshall versucht dies in (nur) zehn Landkarten, und scheitert dabei spektakulär. Die "Ten Maps that Reveal the Future of Our World", so der Originaltitel, machen genau dies nicht. Sie zeigen weder die Zukunft der Welt, noch erklären sie, wie der deutsche Titel etwas bescheidener klingt, "die Politik von heute und die Krisen der Zukunft". Stattdessen häuft Marshall Banalität auf Banalität, garniert mit häufig zu findenden Stereotypisierungen etwa zum 'Volkscharakter' der Bewohnerinnen und Bewohner bestimmter Regionen.

Dies ist bedauerlich, denn dass Geographie wichtig ist, allerdings lediglich ein Faktor unter vielen, ist nicht von der Hand zu weisen: die Insellage Großbritanniens etwa oder der Umstand, dass Deutschland das europäische Land mit den meisten Nachbarn und den längsten Grenzen ist. Geschichte findet schließlich nicht nur in der Zeit statt, sondern auch im Raum; wahrlich keine neue Erkenntnis.

Dass mit dieser platten These immer noch Bestseller gemacht werden können, auch Marshall hatte das vor fünf Jahren schon einmal praktiziert, zeigt zweierlei.

Erstens: Die im Übergang von der kolonialen zur postkolonialen Globalisierung tief verunsicherte Bevölkerung des globalen Nordens sehnt sich offenbar nach eindeutigen Antworten und klarem Kompass. Man will die Welt verstehen, und das möglich einfach und eindeutig. Der Hinweis auf die Geographie scheint dies anzubieten.

Zweitens: Die historische und politikwissenschaftliche Analyse ebendieser epochalen Transformation hat den Faktor Geographie zu lange ignoriert und damit Platz gemacht für vulgärpolitologische Interpretationen.

Warum gerade die deutsche Politik und die (politische und historische) Wissenschaft die Geographie lange Zeit nur stiefmütterlich behandelt [négliger] hat, ist mit durchaus nachvollziehbaren Gründen zu erklären. Zu sehr war die geopolitische Interpretation der Welt Ende des 19. bis Mitte des 20. Jahrhunderts missbraucht worden, auch zur Rechtfertigung der Gewalt, die insbesondere von Deutschland ausging. Aber auch international bildeten Geo- und Klimadeterminismus, wonach Geographie und Klima auch Auswirkungen auf die "Völkerpsychologie" hätten, die Grundlage für mannigfaltige Ausprägungen von Rassismus. [...]

Auch kann sich Marshall nicht entscheiden, wie prägend die Geographie nun wirklich ist. "Ja. Politiker sind wichtig, aber die Geographie ist noch wichtiger", heißt es an der einen Stelle,

"Die Geographie muss kein Schicksal sein - die Menschen haben da durchaus Spielraum -, aber sie spielt eine wichtige Rolle" eine Seite weiter. Ja was denn nun? [...]

Andere Beobachtungen wirken voreingenommen und verstärken Ressentiments: "Als Einfallstor nach Europa gehört Griechenland zu den Ländern, die jede neue Welle von Migration als erste zu spüren bekommen." Für jemanden, der so sehr die Geographie betont, wäre es nicht zu viel verlangt gewesen, auch den Begriff Europa, das es als geographische Einheit ja gar nicht gibt, zu reflektieren. Und dass die Vokabeln "Einfallstor", "Welle" und "Migration" ganz bestimmte Bilder evozieren, ist sicherlich auch Marshall klar.

Text 10

50 Jahre Radikalenerlass - Auf der Suche nach extremistischen Beamten, Von Stephan Klenner, FAZ.NET, 28.01.2022

Heute jährt sich eine *der* umstrittensten Entscheidungen *der* Ministerpräsidentenkonferenz: Wie soll *der* Staat mit *Beamten* und Anwärtern umgehen, an *deren* Verfassungstreue [loyauté envers la constitution] es Zweifel gibt? [...] Am 28. Januar 1972 verabschiedeten *die* Ministerpräsidenten gemeinsam mit Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) *den* Extremistenbeschluss - besser bekannt als "Radikalenerlass". Gemeinsam stellten Kanzler und Ministerpräsidenten in ihrem Beschluss fest, dass *nach den* Beamtengesetzen nur jene Bürger Beamte werden dürfen, *die* Gewähr dafür bieten, jederzeit für *die* freiheitlich demokratische Grundordnung *des* Grundgesetzes einzutreten. Die Konferenzteilnehmer verständigten sich darauf, dass dies bei Beamtenbewerbern, *die* einer verfassungsfeindlichen Organisation angehörten, in Zweifel zu ziehen sei.

[...] Das führte in *der* Praxis dazu, dass Bund und Länder zu Bewerbern für *den* öffentlichen Dienst von nun an "Regelanfragen" an *den* Verfassungsschutz [Office de la protection de la constitution] stellten. Die Behörden wollten wissen, ob Erkenntnisse über *die* Mitgliedschaft in einer verfassungsfeindlichen Organisation vorlagen. War *das der* Fall, bat sie *den* Bewerber zum Gespräch. Distanzierte er sich dort nicht umfassend von *der* Organisation, stellte ihn *der* Staat nicht ein.

[...] Die abgelehnten Bewerber und entlassenen *Beamten* gehörten in *der* Regel kommunistischen Gruppen an. Nur wenige Rechtsextremisten waren betroffen. Die Ursachen dafür sind bis heute umstritten. Trotz *der* Beteiligung von Bundeskanzler Brandt und *der* SPD-Ministerpräsidenten distanzierte sich *die* sozialliberale Koalition in Bonn schon recht bald von *den* Verabredungen. Ab 1979 stellte *der* Bund *die* Regelanfrage ein. Bayern behielt sie bis 1991 bei.

Vor allem im Vorfeld *der* Jahrestage *des* Beschlusses wird immer wieder behauptet, *die* Bundesrepublik habe jungen Menschen mit *dem* "Radikalenerlass" schweres Unrecht angetan. Von "Berufsverboten" ist *die* Rede. Betroffeneninitiativen fordern, entlassene Beamte finanziell zu entschädigen. Juristisch hatte dies nur selten Erfolg. 1995 sprach *der* Europäische Gerichtshof für Menschenrechte *der* DKP-Funktionärin Dorothea Vogt eine Entschädigung zu, da *das* Land Niedersachsen sie zu Unrecht aus *dem* Schuldienst entlassen habe. Die Straßburger Richter betonten aber, dass sie nicht über *die* generelle Zulässigkeit *des* Extremistenbeschlusses urteilten.

[...] seitdem sich etliche Beamte in *der* AfD engagieren, [gewinnt die Frage, ob man den „Radikalenerlass“ wieder aktivieren sollte an Aktualität]. Im vergangenen Jahr entschied *das* Oberlandesgericht Stuttgart, *das* Land Baden-Württemberg habe *den* AfD-Bundestagsabgeordneten Thomas Seitz als Staatsanwalt [procureur] entlassen dürfen, nachdem dieser mit Äußerungen über eine "Gesinnungsjustiz"[une justice inféodée à des considérations idéologiques] *die* Rechtsprechung delegitimiert habe. Aktuell diskutieren sächsische Landespolitiker darüber, ob sie *die* Wiedereinstellung *des* ehemaligen AfD-Bundestagsabgeordneten Jens Maier als Richter verhindern können. Maier hatte 2017 *den* bundesdeutschen Umgang mit *der* nationalsozialistischen Vergangenheit als "Schuldskult" bezeichnet.

Dass diese aktuellen Fälle zu einem erneuten Extremistenbeschluss führen, ist indes unwahrscheinlich. Die neue Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag zwar vereinbart, "Verfassungsfeinde schneller als bisher aus *dem* Dienst" entfernen zu wollen. Weder in Berlin noch in *den* Landeshauptstädten gibt es aber Initiativen, *die* über eine Beschleunigung *der* Disziplinarverfahren hinausgehen.

Streit um Hindenburgs Grab Ein Republikfeind als Wegweiser?, Von Eckart Conze [Eckart Conze ist Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Philipps-Universität Marburg], FAZ.NET, 26.03.2022

Das *Grab* des früheren Reichspräsidenten Paul von Hindenburg in der Marburger Elisabethkirche soll zu einem hessischen "Ort der Demokratiegeschichte" erklärt werden. Das ist keine gute Idee. Ein Gastbeitrag.

[...] die Hessische Landeszentrale für politische Bildung, diese "hessische Werbeagentur für Demokratie", wie sie sich selbst nennt, hat kürzlich das *Grab* Paul von *Hindenburgs* (1847 bis 1934), des zweiten und letzten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, in der Marburger Elisabethkirche zu einem "positiven Ort der Demokratiegeschichte" erklärt und auf eine Liste von insgesamt zehn Orten in Hessen aufgenommen.

[...] Der Bundestag hat noch in der zu Ende gehenden Ära Merkel eine Stiftung "Orte der deutschen Demokratiegeschichte" errichtet, die ihren Sitz in Frankfurt hat. Jedes Bundesland ist dort mit einer Reihe von Orten vertreten, Hessen beispielsweise neben der Paulskirche mit dem Büchner-Haus in Riedstadt, [...] Keiner dieser Orte taucht auf der Liste der hessischen Landeszentrale auf. Dafür das *Grab Hindenburgs*.

[...] Hindenburg sei zwar, so ist in der knappen Erläuterung zu lesen, "politisch umstritten" durch seine Entscheidung von 1933, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Aber er sei doch zugleich "der einzige nach den Setzungen der Weimarer Republik direkt vom Volk gewählte, demokratisch legitimierte Reichspräsident": ein "wesentlicher Repräsentant der ersten deutschen Demokratie" und nach Friedrich Ebert "das Gesicht der Weimarer Republik", auch wenn "Hindenburg direkt nicht als Vorbild eines Demokraten" zu werten sei [...].

Mit den auf Ausnahmerecht fußenden Präsidialkabinetten seit 1930 hebelte Hindenburg die Verfassung der Republik und ihren Parlamentarismus faktisch aus [désactiver, faire sauter]. In der Agonie der Republik war der weit über Achtzigjährige, der bei der Präsidentenwahl 1932 als Parteiloser kandidierte, das im Vergleich zu Hitler geringere Übel. Deshalb unterstützte ihn auch die SPD. Doch in dem Ziel, die Demokratie zu zerstören und durch ein autoritäres Regime zu ersetzen, waren sich Hindenburg, sein nationalkonservatives Umfeld und die Nationalsozialisten einig. Das war die Voraussetzung für die Machtübertragung an Hitler im Januar 1933. Bis zu seinem Tod 1934 lieb der greise, doch alles andere als senile Reichspräsident sein beträchtliches Charisma auch den Nazis. Diese unterstützte er symbolpolitisch wie am "Tag von Potsdam", aber auch durch die Notverordnungen des Frühjahrs 1933, die dem frühen Terror der Nationalsozialisten eine pseudolegale Grundlage gaben.

[Als der Sarg Hindenburgs in die Marburger Elisabethkirche verlegt wurde], gab es dagegen zunächst erhebliche Vorbehalte [des réserves], weil man bis in die Hessische Landesregierung hinein befürchtete, die *Grabstätte* könnte zum Ort antidemokratischer Demonstrationen werden. In den Fünfzigerjahren änderte sich die Wahrnehmung, weil der Sieger von Tannenberg nun gut ins antikommunistische Klima des Kalten Krieges passte. Erst seit den Achtzigerjahren wurde zunehmend Kritik an Gedenkstunden und Kranzniederlegungen am *Grabmal* laut. An eine erneute Umbettung war freilich nicht zu denken. Heute weist in der Elisabethkirche nichts auf die unbeleuchtete, nicht gekennzeichnete und daher kaum wahrnehmbare *Grabstätte* hin.

Ob sich das ändert, weil das *Grab* nun als - positiver - Ort der Demokratiegeschichte dargestellt wird?

Eiszeit für die Wissenschaft, Von Georg Schütte, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.03.2022

Im Zuge des brutalen Krieges in der Ukraine landen auch die internationalen Beziehungen der deutschen Wissenschaft auf dem harten Boden der außenpolitischen Realität. Hat noch vor einem Jahr ein russischer Eisbrecher die Expedition des deutschen Forschungsschiffs Polarstern im arktischen Eis mit Nahrungs- und Treibstofflieferungen unterstützt, so sind heute nicht nur Forschungsschiffe, sondern die deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen insgesamt eingefroren - und Eisbrecher sind nicht in Sicht. In Wirtschaftskreisen hat sich nach Putins Überfall schnell die bittere Erkenntnis durchgesetzt, dass das Prinzip "Wandel durch Handel" gescheitert ist. Und auch die Wissenschaft muss heute erkennen: Der Traum vom Vertrauen durch Dialog und Kooperation ist geplatzt.

Noch vor Kurzem war die allgemeine Einschätzung eine deutlich positivere. So heißt es in einem erst vor zwei Jahren veröffentlichten Papier des Auswärtigen Amtes, für die 2020er Jahre bedürfe es einer neuen Strategie der internationalen Wissenschaftsbeziehungen, die unter dem Begriff "Science Diplomacy" zusammenzufassen sei. Sie habe "auf die zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu reagieren, einen freiheitlichen Rahmen der wissenschaftlichen Betätigung zu schaffen und zu schützen und Wissenschaft als notwendige Bedingung demokratischen Handelns zu fördern und zu pflegen".

Damals blickte man noch hoffnungsfroh in eine Zukunft, in der mehr und mehr Forschende auf der Bühne der Diplomatie auftauchen und die zwischenstaatlichen Beziehungen mitgestalten würden. Dies umso verstärkter, je größer der Internationalisierungsdruck in der wissenschaftlichen Zusammenarbeit wird - etwa weil Datensätze zur Klimaforschung oder zur Pandemieausbreitung nur länderübergreifend erhoben werden können. Oder weil Forschungsanlagen so groß und teuer werden, dass kein einzelnes Land sie mehr bezahlen kann.

Im Ergebnis, so war man überzeugt, würde "Science Diplomacy" einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, um mit länderübergreifend erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnissen die globalen Herausforderungen - von der nachhaltigen Energieerzeugung über den Schutz der Artenvielfalt bis zum Kampf gegen Armut - besser zu meistern.

Doch schon Anfang dieses Jahrzehnts erschienen Wolken am Himmel der Wissenschaftsdiplomatie. Längst hatten die Außenstellen des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) als wichtige Frühwarnstationen für die deutsche Wissenschaft auf autoritäre Tendenzen aufmerksam gemacht, nicht zuletzt in der Russischen Föderation und der Türkei. In Syrien, Afghanistan und andernorts waren die Kontexte für den akademischen Austausch unübersehbar fragil geworden oder bereits zusammengebrochen. Konflikte und militärische Auseinandersetzungen um Ressourcen zwischen einzelnen Staaten erschienen den Experten als wahrscheinlich. Und in den Beziehungen zu China gelte es, Technologieabfluss und materieller Abhängigkeit durch chinesische Finanzierung vorzubeugen und im Gegenzug selbstbewusst eigene Interessen zu verfolgen.

[...]. Die Erkenntnis ist so bitter wie einfach: Die "weiche Macht" (soft power) der Wissenschaftsdiplomatie, wie es mit Bezug auf den US-amerikanischen Politikwissenschaftler Joe Nye heißt, zerschellt an der "harten Macht" des Militärs im Angriffskrieg auf die Ukraine und am Putinschen Unterdrückungsapparat in Russland.

Der Autor ist seit 2020 Generalsekretär der Volkswagen Stiftung, davor neun Jahre lang Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

Spirale der Gewalt, Von Peer Teuwsen, NZZ am Sonntag, 26. 12. 2021

Zählt man die Leichen, die sich übers Jahr auf unseren Bildschirmen stapeln, muss man an der Menschheit zweifeln. Was ist es nur, dass wir uns so am gewaltsamen Tod anderer ergötzen können? Ist es der gruselige (effrayant) Gedanke, das Böse lauere auch in der Wirklichkeit an jeder nächsten Ecke? Ist es das schauderhafte (repoussant) Glücksgefühl, im Gegensatz zu diesen armen Teufeln selbst nochmals dem Tod entkommen zu sein? Oder können wir das traute Heim gar erst richtig schätzen, indem wir uns vergewissern (s'assurer, vérifier), wie grausam und unwirtlich es da draussen zu und her geht? Ist es das befreiende Gefühl, dass einer dem Bösen den Kampf angesagt hat? Oder ist es schlicht und schlecht die schiere Lust an der Gewalt? Die Antwort wird wohl eine Mischung aus alledem sein. Und nichts davon spricht für unsere Tugendhaftigkeit.

Jedenfalls kommt jetzt neuer Stoff für unsere Laster. Die vierte und letzte Staffel des Voralpenkrimis «Wilder» läuft an, eine für die Verhältnisse der Schweiz immens erfolgreiche Serie. [...].

Vor allem anderen ist dieser Erfolg damit zu erklären, dass «Wilder» in einer Schweiz spielt, von der die meisten nur eine ungefähre Ahnung haben. Gedreht wurde in [...], Gegenden, die etwas Mystisches haben, die dem [...] Publikum das Gefühl vermitteln, hier müsse der Mensch noch in einem ewigen Zweikampf dem eigenen Makel und den Elementen trotzen, Gegenden, die in unserem zubetonierten und vollgestellten Land das Versprechen von Freiheit und Anarchie atmen. [...] Die Fälle spielen in Dörfern, die eine Schande für Gottes Schöpfung sind – und natürlich so gar nichts von den friedlichen Dörfern und Gemeinden haben, in denen wir leben. Hier trägt jeder seine Bürde (son fardeau), ist jeder mit jeder irgendwie verbandelt, beäugt (épier) die eine den anderen, [...]. Korruption, Ehebruch, Gier, eine toxische Mischung, die in Mord und Totschlag mündet. In «Wilder» ist das Böse immer und überall. Das alles ist gut, war mitunter sogar sehr gut. Es gibt jetzt bloss ein Problem: Die Dosis des Bösen muss offenbar von Staffel zu Staffel immer weiter gesteigert werden [...] Die letzte Staffel von «Wilder» schliesst dort an, wo das skandinavische Krimischaffen schon längst angekommen ist: in einer Spirale von immer ausgedehnteren und hyperrealistischen Gewaltdarstellungen, die jeden Bezug zur Realität verloren haben. Und auch jede Berechtigung. Was genau bringt es uns Zuschauern, zu sehen, wie ein Kind ertränkt wird, wie ein Sohn sich vor das Postauto seiner Mutter kippt? Was sollen wir mit einem Menschen anfangen, der sich von einer Staumauer stürzt, fällt und fällt und fällt, um in einer Blutpfütze, die von Puderschnee umgarnt wird, zu enden? Es ist zu hoffen, dass sich das Schweizer Fernsehen von dieser Entwicklung gleich wieder abwendet.